

Die Mehrwertsteuer belastet die Konsumenten

Autor(en): **Schmid, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339542>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Mehrwertsteuer belastet die Konsumenten

«Profil»-Interview mit Professor Hans Schmid*

Muss ein Staat rentieren, damit er bestehen kann?

In welchem Ausmass kann und soll er sich verschulden?



Was ist rentieren? Rendite ist ein klarer betriebswirtschaftlicher Begriff: Nämlich der Gewinn in Prozenten des Eigenkapitals. Wenn man solche Begriffe auf den Staat übertragen will, stellen sich erhebliche Probleme, nämlich: Was ist Gewinn des Staates und was ist Eigenkapital des Staates? Was ist der Gewinn des Staates? Die Frage kann offen bleiben. All das, was der Staat an öffentlichen Gütern unentgeltlich oder unterpreisig den Bürgern dieses Landes anbietet, erscheint auf der Ertragsseite des Staates. Der Aufwand dafür kostet uns etwas, und dies ist sicher nicht weniger als das, was auf der Ertragsseite erscheint. Der Gewinn ist der

Unterschied zwischen Aufwand und Ertrag. Wenn der Gewinn Null ist oder weniger, erübrigt sich die Frage nach dem Verhältnis des Gewinnes zum investierten Kapital.

Ist die Schweiz verschuldet, wie hoch und seit wann?

Man muss unterscheiden zwischen Aussenverschuldung und Innenverschuldung. Nein, die Schweiz ist dem Ausland gegenüber nicht verschuldet. Sie hat riesige Devisenbestände, die Guthaben gegenüber dem Ausland sind. Was nun die Innenverschuldung betrifft, so ziehen wir in Betracht, dass der Bund im Zeitraum von 1971 bis 1979 seine Schuld von 6 auf 17 Milliarden erhöhen musste. Das ist eine Schuld gegenüber den Bürgern dieses Landes. Es gibt keine Grenzen der Staatsverschuldung, weil alle Bürger den Staat ausmachen. Ein Land verschuldet sich gegenüber sich selbst.

Was ist ein Staatshaushalt?

Ein Staatshaushalt ist das Resultat von Einnahmen und Ausgaben der betreffenden Gebietskörperschaften und ihrer Vermögens- und Schuldveränderungen. Bei uns heissen die Gebietskörperschaften Bund, Kantone und Gemeinden.

* Nationalrat Hans Schmid ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen.

Was ist die Mehrwertsteuer?

Diese Steuer ist so ausgestaltet, dass sie möglichst ungehindert auf den Konsumenten überwältzt werden kann. Nehmen wir das Beispiel der Zündholzproduktion. Der Holzproduzent verkauft zum Beispiel für 1000 Franken Holz. Unter der Annahme, dass die Mehrwertsteuer 10 Prozent beträgt, schlägt er diese bereits auf die Rechnung, so dass die Faktura 1100 Franken beträgt. Der Zündholzproduzent kann diese 100 Franken als Vorsteuer von der von ihm geschuldeten Mehrwertsteuer abzählen. Es ist der Konsument, der die Mehrwertsteuer bezahlt. Die Mehrwertsteuer erfasst die Güter und Dienstleistungen und bringt jährlich 1600 Millionen Schweizer Franken an indirekten Steuern mehr als die bisherige Warenumsatzsteuer in die Bundeskasse, wenn ein Ansatz von 8 Prozent vorliegt, wie es die Vorlage, die am 20. Mai zur Abstimmung gelangt, vorsieht. Die Warenumsatzsteuer umfasst beträchtliche Freilisten, die Dienstleistungen, die Lebensmittel, die Kulturgüter, die Bücher usw. werden von ihr nicht erfasst.

Wie soll die reale Kaufkraft bei der Einführung der Mehrwertsteuer erhalten werden?

Es gibt Berufsgruppen, für welche die Gewerkschaften entsprechende Lohnerhöhungen durchsetzen können.

Welches ist der Inhalt des Finanzpaketes, das am 20. Mai zur Abstimmung gelangt?

Das Finanzpaket ist ein Komplex von steuerrechtlichen Regelungen auf Verfassungsstufe. Es will die Mehrwertsteuer als Ersatz der Warenumsatzsteuer einführen. Die direkte Bundessteuer, die Wehrsteuer soll geändert werden; die Änderung der Wehrsteuer wird als leichte Entlastung zur Belastung der Mehrwertsteuer konzipiert.

Wie hat sich die SP-Fraktion in der Beratung des Finanzpaketes verhalten?

Von Anfang an hat sie gesagt, was sie will. In der Vernehmlassungsphase erklärte sie schon, dass es ohne zusätzliche Besteuerung der Banken unmöglich sei, im eigenen Anhang für das Finanzpaket zu werben.

Wer sind die Gegner des Finanzpaketes?

Es ist die politische Linke.

Kommt eine neue Inflation auf uns zu oder ein konjunktureller Aufschwung?

Verglichen mit den Erwartungen vor einem halben Jahr ist die Wirtschaftslage verhältnismässig günstig, obwohl nicht zu übersehen ist, dass die Arbeitslosigkeit in der Grössenordnung von rund 10 000 bis 20 000

Personen besteht. Unsere Arbeitslosenstatistik ist nicht vergleichbar mit dem Ausland. Alle Frauen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, werden zum Beispiel in der Arbeitslosenstatistik nicht berücksichtigt. Im übrigen können die gegenwärtigen konjunkturell günstigen Aussichten eine «Fata Morgana» sein, denn sie erklären sich weitgehend aus der Intervention der US-Notenbank auf den Devisenmärkten seit dem 1. November 1978. Diese Interventionen verbessern zwar die Exportbedingungen der schweizerischen Wirtschaft; sie segeln jedoch in den USA unter dem nicht populären Slogan der Inflationsbekämpfung. Diese aber ist, sofern sie Erfolg hat, geeignet, die Arbeitslosigkeit zu erhöhen. Da aber auch die US-Politiker wieder gewählt werden möchten, dürften sehr bald relevante Kräfte auf die Beseitigung der Inflationsmassnahmen, lies Dollarstützaktionen hinauslaufen. Das aber würde bedeuten, dass die Exportbedingungen der schweizerischen Wirtschaft sich verschlechtern.

Besten Dank für das Interview.